

Wie der Teufel das Weihwasser

Eine Replik auf die Denknetz-Thesen

Beat Schneider, Simon Küffer

Wie der Teufel das Weihwasser, so scheuen die ›18 Thesen für eine starke Demokratie‹ des Denknetzes das Wort Sozialismus. Angesichts des desolaten Zustands der Linken, ihrer Schwäche, Fragmentierung und Desorientierung, angesichts ihres Scheiterns als sowjetischer Kommunismus sowie als sozialdemokratische Erfüllungsgehilfin neoliberaler Politik ist das nicht verwunderlich. Dennoch sind die 18 Thesen als Vorschlag zu einer programmatischen Neupositionierung der Linken sehr begrüssenswert. Sie wollen ein *realistisches Programm* für die Lösung der *gegenwärtigen Probleme* sein (These 6) und schlagen eine Transformation der *kapitalistischen Demokratie* in eine *starke Demokratie* vor (These 2). Zentrales Anliegen ist eine *Demokratisierung der Wirtschaft* (These 2). *Normative Grundlage bilden die Menschenrechte* (These 13). Unsere Stellungnahme fokussiert auf zentrale Fragen, welche in den Thesen nur marginal auftauchen. Antworten darauf erachten wir als notwendig.

1. Frage: Werden die Thesen der gegenwärtigen Krise gerecht?

Wir nennen zuerst – kurz und zugespitzt – neun, aus unserer Sicht zentrale *gegenwärtige Probleme*:

- Die Lebensweise der Gesellschaften im globalen Norden beruht seit Jahrhunderten auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt im Süden.
- Die kapitalistische Globalisierung der letzten Jahrzehnte ist ein gigantisches Umverteilungsprojekt von Süd nach Nord, von unten nach oben und von der öffentlichen in die private Hand.
- Die Globalisierung macht einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung zu dauerhaft ausgeschlossenen und ›überflüssigen‹ Menschen.
- Neokoloniale Kriege und durch Waffenexporte angeheizte Bürgerkriege hinterlassen im Süden seit den 1990er Jahren Millionen Tote und machen zusammen mit der neokolonialen Wirtschaftspolitik und den Folgen des Klimawandels Millionen Menschen zu Flüchtlingen.
- Die planetarischen Folgen des wachstums- und profitbasierten Klimawandels stellen früher oder später die Existenz der menschlichen Spezies in Frage.
- Das schweizerische ›Erfolgssystem‹ basiert bekanntlich ganz wesentlich

auf internationaler Hehlerei, Kapitalflucht und Geldwäscherei des Bankplatzes, krassen neokolonialen Handelsvorteilen, Patentkolonialismus (Chemie) und genereller Rosinenpickerei.

- Die Ökonomisierung sämtlicher sozialer Bereiche erzeugt radikal entpolitisierte und sozial atomisierte Gesellschaften und führt zu einer Entsolidarisierung und Zerstörung der Gemeinschaften.
- Die (inszenierte) Alternativlosigkeit des kapitalistischen Systems ist tief ins Bewusstsein der Menschen implantiert.
- Der gesellschaftliche Veränderungswille wird stark kanalisiert durch die Erzeugung von Apathie, Angst und Hass, Ablenkung durch Konsum und Beeinflussung mittels Meinungs-, Manipulations- und Empörungsmanagement.

Ergebnis: Die erdrückend grosse Mehrheit der Nichtbesitzenden jagt trotz objektiv erdrückender gemeinsamer Interessenlage die Minderheit der Besitzenden nicht einfach davon.

Die Thesen geben auf die meisten dieser Krisenphänomene keine radikale, auf die Wurzel zielende Antwort. Selbst im nationalen Rahmen ist jedoch eine genuin linke Politik ohne diese nicht denkbar. Bleibt uns angesichts der Dringlichkeit der genannten Probleme noch die nötige Zeit? Und ist ihnen überhaupt beizukommen mit einer stellenweise nach Wohlfühlpolitik klingenden und als *offener und kollektiver Lernprozess* (These 10) verstandenen *Orientierung auf eine starke Demokratie* (These 6)? Wieso wird die parasitäre Rolle des schweizerischen Kapitalismus in der Welt nicht an zentraler Stelle problematisiert? Ist der Blickwinkel der Thesen nicht allzu euro- oder gar helvetozentristisch?

2. Frage: Wieso spielen Patriarchat und Frauen nur eine Nebenrolle?

Wieso ist die Abschaffung des Patriarchats nicht eine der Hauptstossrichtungen für eine *starke Demokratie*? Die Frauen und insbesondere diejenigen im globalen Süden machen die Mehrheit der verarmten und politisch niedergehaltenen Menschen der Welt aus. Ihre Selbstermächtigung ist die Voraussetzung für eine tiefgreifende Überwindung des hegemonialen Patriarchats und der massiven Gewalt, die daraus erwächst, für die reale Geschlechteregalität, für die Emanzipation beider Geschlechter, für die kollektive Organisation der (in den Thesen viel beschworenen) Care-Arbeit und für die Transformation der (klein)bürgerlichen Familie in eine Gemeinschaft freier Individuen ohne sexistische, materielle und erbrechtliche Machtansprüche. Wiederholt sich in den Thesen die bekannte linke Manier, die ›Frauenfrage‹ lediglich als ›Nebenwiderspruch‹ zu behandeln?

3. Frage: Wo bleibt der Adressat des Programms und wieso werden die wirklichen Machtzentren nicht genannt?

Die Handelnden der Transformation und ihre möglichen Gegner werden nicht konkret benannt. Nur einmal ist von einer *herrschenden Elite* die Rede (These 17). In den zentralen Aktionsfokus stellt das Programm den Staat und die demokratischen Institutionen. Aber: Die wesentlichen Entscheide werden ausserhalb von Staat und Demokratie gefällt. Diese Erkenntnis ist bei Linken nicht immer vorhanden, wenn man die Machtillusionen betrachtet, die oft mit einer linken Regierungsbeteiligung verbunden werden. Die tatsächlichen Machtzentren befinden sich in der internationalen Finanzindustrie, in den global agierenden Grosskonzernen, in den zwei bis drei amerikanischen IT-Giganten, im Militär, in den Geheimdiensten, in den Sicherheitsbürokratien, bei den privaten Medienmonopolen und allenfalls noch in den international vernetzten Think-Tanks.¹ Diese Machtzentren sind für die Mehrheit der Bevölkerung unsichtbar, entziehen sich der staatlichen und demokratischen Kontrolle und sind nicht abwählbar. Wenn nun der politische Protest und Veränderungswille auf die Erscheinungsformen der parlamentarischen Repräsentation und der Regierungen gelenkt werden, dann geht die Mobilisierung an den eigentlichen Machtzentren vorbei, lenkt gar von ihnen ab und entzieht sich der Frage, wie die *starke Demokratie* in Konflikt mit diesen zu realisieren wäre.

4. Frage: Ist das Staats- und Demokratieverständnis nicht etwas blauäugig? Um Missverständnisse auszuschliessen: Die Verteidigung der bestehenden, den Herrschenden abgetrotzten demokratischen Rechte gehört zu den Basics linker Politik. Dabei müssen wir uns aber ständig im Klaren sein, mit welchem Staat und mit welcher Demokratie wir es zu tun haben. Der Staat bleibt auch als *Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse* (These 2) oder als *Kampffeld* (These 2) ein kapitalistischer Staat. Und zwar dadurch, dass er die nichtbesitzende Mehrheit von den Futtertrögen der besitzenden Minderheit fernhält (auch global); dass er Bestrebungen für eine wirkliche Demokratie wahlweise durch Repression oder Integration blockiert; dass er kapitalistische Interessen oder ehrlicher gesagt »die organisierte Kriminalität der besitzenden Klassen verrechtlicht«²; dass er die Wirtschaft von politischer Kontrolle systematisch abschottet. Kapitalistisch ist er auch durch die strukturelle Macht, die das Kapital gegenüber dem Staat ausübt: Drohungen mit Desinvestition, Transfer von Kapital ins Ausland und die damit verbundenen Killerargumente der Arbeitsplatzvernichtung zwingen bisher alle, vorzüglich auch sozialdemokratische Regierungen in die Knie. Die sukzessive Transformation des Staats in einen autoritären Sicherheits- und Überwachungsstaat, in einen starken Umverteilungsstaat für die ökonomisch Starken und in einen schwachen Staat für die sozial Benachteiligten ist eine inhärente Variante kapitalistischer Staatlichkeit.

Die *bürgerliche* oder *kapitalistische Demokratie* (These 3) ist das ideale

politische Kleid des Kapitalismus. Ihr Motto der Gleichheit aller Bürger*innen vor dem Gesetz scheidet seit der Aufklärung an den sogenannten wirtschaftlichen Sachzwängen. Sie ist Quelle der Integration und der sozialen Pazifizierung durch partielle Teilhabe an der staatlichen Macht und durch allzeit kündbare Klassenkompromisse. Sie ist eine Schlüsselinstitution für die Hinnahme-Bereitschaft der nichtkapitalistischen Mehrheit. Dies trifft auch auf die Instrumente der plebiszitären Demokratie zu (obligatorische Volksabstimmungen, Volksinitiativen und Referenden). Um auch hier klar zu sein: Diese Rechte müssen im Wissen um ihre Begrenztheit verteidigt werden. Die westlichen Demokratien haben zudem ein schwerwiegendes Repräsentationsproblem: Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist ohne politische Stimme, hat keine Organisation und verfügt kaum über Präsenz in den Medien. Das verdeutlicht zum Beispiel die Bewegung der ›Gilets jaunes‹. Auch die Zusammenhänge zwischen Demokratie, Nationalstaat und Globalisierung sind nicht geklärt. Weil die bürgerlichen Demokratien und ihr Souveränitätsanspruch auf den Nationalstaat begrenzt sind und weil die eigentlichen Machtzentren international und global agieren, stellt sich die prinzipielle Frage, ob die Transformation zur *starken Demokratie* unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus isoliert in einer Nation überhaupt eine Chance hat (was unseres Erachtens in den Thesen implizit vorausgesetzt wird)?

5. Frage: Wieso hängt der sogenannte Rechtspopulismus in einem luftleeren Raum?

These 16 macht offensichtlich, dass hier von einer unzureichenden Analyse des Rechtsrucks in den europäischen und amerikanischen Staaten ausgegangen wird. Diese Analyse wäre aber ein Schlüsselement für ein Programm zu den dringenden Gegenwartsproblemen. Tragen zum Beispiel die sogenannten Rechtspopulisten alleinige Schuld an der »Politik der Angst, des Grolls und des Rückzugs« und an der »Gefährdung der Demokratie und des Marsches Richtung gefährlichere und brutalere Ordnung«?³ Nicht nur Barack Obama, von dem diese Zitate stammen, sondern auch viele Linke sind dieser Meinung. Die wirtschaftlichen und intellektuellen neoliberalen Eliten, welche die Voraussetzung der Krise erst geschaffen und davon profitiert haben, werden wohlweislich ausgeklammert. Die wirklich Schuldigen und eigentlichen Hauptgegner müssen aber hier lokalisiert werden!⁴ Dabei darf die systemkompatible Linke mit ihrer Beteiligung und sogar Forcierung der neoliberalen Regierungsprogramme nicht verschont bleiben. Der kontinuierliche Verrat an ihren Wahlversprechen hat ein grosses politisches Vakuum hinterlassen, das von der radikalisierten Rechten ausgefüllt wird. Es gibt noch ein anderes Vakuum, das für die Linke verheerende Folgen hat, und das ist die Frage der Nation. Es geht um

das Verhältnis von Nationalstaat und Globalisierung, beziehungsweise globalem Kapitalismus. Davon ausgehend, dass Währungen, Märkte, Eigentum an Grund und Boden usw. durch Verfassung, Gesetze, Institutionen, Polizei usw. weiterhin an die Nationalstaaten gebunden sind, bleiben diese ein

notwendiges Moment im Machtgefüge. Zudem bleibt der Nationalstaat der einzige Ort, wo Volkssouveränität überhaupt eingeklagt werden kann. Er bietet sich daher als zentraler Bezugspunkt für die Konstruktion kollektiver Identität an, oder präziser: identitärer Nationalismus scheint paradoxerweise das ideale politische Programm zur Umsetzung global-kapitalistischer Interessen zu sein. Auf diese Problematik wissen die Thesen keine Antwort.

6. Frage: Scheitert die vorgeschlagene Transformation am Kapitalismus?

Oft scheint uns, dass die Thesen in ihren relativ vagen oder ausweichenden Formulierungen lediglich die neoliberalen Auswüchse des Kapitalismus im Visier haben und nicht den Kapitalismus grundsätzlich. Dazu passt die fehlende Auseinandersetzung mit der Option Sozialismus. Ganz richtig gehen die Thesen von einem grundsätzlichen Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie aus, wozu sich in These 8 zwei wesentliche Aussagen finden: »Gleichzeitig bedeutet *Starke Demokratie* als Programm aber auch, auf die Überwindung des Kapitalismus hinzuwirken. Denn nur mit einer solchen Überwindung können die zentralen ökonomischen Entscheide in den demokratischen Zugriff genommen, kann die nötige Grundsubstanz für eine starke Demokratie erreicht werden«. In der Formulierung »bedeutet aber auch« klingt mit, dass die *Überwindung des Kapitalismus* und die *Starke Demokratie* eigentlich synonym sind. Da der Kapitalismus als entscheidendes Hindernis genuiner Demokratie analysiert wurde, ist das folgerichtig. Nun suggeriert aber der prozesshafte Begriff der Demokratisierung vielmehr, ein Mittel zu diesem Ziel zu sein (zumindest das einzige im Papier ersichtliche). Was in einen Zirkel von Ursache und Wirkung mündet oder alternativ: das Programm steht mit zwei Namen für das Ziel, aber keinem Vorschlag für einen Weg dahin.

Die Thesen 8, 9 und 15 formulieren, worin die *Überwindung des Kapitalismus* bestehen würde: *Finanzmärkte regulieren*; *Investitionsentscheide dem Kapital wegnehmen*; *Ressourcenallokation staatlich steuern*; *Unternehmen aus dem kapitalistischen Korsett befreien*; *bedarfsorientiert wirtschaften*; *Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse beseitigen*. Einverstanden! Doch genau gegen diese Massnahmen wehren sich die Kapitaleigentümer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie widersetzen sich seit jeher der *starken Demokratie*; denn der Kapitalismus bedeutet ja in nuce die Privatisierung der Verfügungsmacht, die in einer genuinen Demokratie

eben kollektiv ist. Doch gerade die zentrale Frage, *wie* dieser Widerspruch zu überwinden wäre, bleibt offen, was dem Anspruch eines *programmatischen* Vorschlags nicht genügt.

Voraussetzung für die Umsetzung der obgenannten Massnahmen ist die Enteignung des kapitalistischen Besitzes an den Produktionsmitteln inklusive des Bodens und damit verbunden die Unterbindung des freien Kapitalverkehrs. Das ist nicht unsere persönliche Forderung, sondern schlicht die Übersetzung der Kernthese in eine klare (oder juristische) Sprache: genuine Mitbestimmung über Investitionen, Ressourcen, Produktion usw. heisst nichts anderes, als das Privateigentum an diesen ausser Kraft zu setzen. Enteignung ist die Sozialisierung der Produktionsmittel und damit der Kern einer gerechteren Gesellschaft. Enteignung ist die unabdingbare Voraussetzung für eine Demokratisierung der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und des Staates. Wenn die Linke diese Begriffe nicht offen, klar und selbstbewusst besetzt, streut sie den Leuten mit der *Demokratisierung der Wirtschaft* (These 2) Sand in die Augen und bietet darüber hinaus Angriffsfläche für antikommunistische Angstmache. Dieses Samtschuh-Vokabular ist ein strategischer Irrtum, denn: »Nichts ist wichtiger, als dass die Mächtigen sich fürchten«⁵

Wie die Enteignung vor sich gehen soll und wie den kapitalistischen Gewaltreaktionen zu begegnen sei, sind offene Fragen, die ernsthaft diskutiert werden müssen. Antworten dazu sind im Erfahrungsschatz der Befreiungsbewegungen und insbesondere der Arbeiter*innenbewegung zu suchen. Sie bergen zudem die Erkenntnis, dass Enteignung nicht zwingend in eine Verstaatlichung münden muss. Eine durch zentralistischen staatlichen Zwang organisierte Wirtschaft ist keine brauchbare Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft. Eines liegt nach all dem Gesagten auf der Hand: Die einzige Alternative zur »Barbarei des Kapitalismus ist der Sozialismus«. Das ist das Vermächtnis von Rosa Luxemburg, die vor 100 Jahren ermordet wurde.⁶

Fussnoten

1 Vgl. Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören. Frankfurt a. M.

2 ebd, 17

3 Halimi, Serge und Rimbart, Pierre (2018): Populistenmacher. Über das Ende liberaler Gewissheiten. In: LE MONDE diplomatique 09/18. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5527381>

4 Vgl. Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin.

5 Binswanger, Daniel (2019): »Die Herrschenden haben Angst – und das ist wundervoll«. Interview mit Didier Eribon, Edouard Louis und Geoffroy de Lagasnerie. In: <https://www.republik.ch/2019/01/12/die-herrschenden-haben-angst-und-das-ist-wundervoll>

6 Vgl. Gietinger, Klaus (2018): Die Ermordung Rosa Luxemburgs. Hamburg.